

SÜDAFRIKA

Drakonisches Durchgreifen

Anton Landgraf

Die südafrikanische Regierung bekämpft die Pandemie mit strikten Maßnahmen. Diese haben schon jetzt fatale Auswirkungen auf die Versorgung der Ärmsten im Land. Die Landeswährung Rand verliert derzeit rasant an Wert.

Die Männer in roten Overalls und Helmen kamen am frühen Morgen und begannen sofort mit ihrer Arbeit. Innerhalb weniger Stunden waren rund 80 „shacks“, kleine, provisorisch errichtete Wellblechhütten, in Lawley, einer Siedlung am Stadtrand von Johannesburg, zerstört oder unbewohnbar. Die „red ants“ (rote Ameisen), wie die Beschäftigten des gleichnamigen privaten Sicherheitsunternehmens auch wegen ihrer einheitlichen roten Kleidung genannt werden, sind ob ihrer Unerbittlichkeit berüchtigt, wenn es darum geht, besetzte Häuser zu räumen oder illegal errichtete Hütten zu demolieren.

In der Peripherie jeder südafrikanischen Großstadt gibt es zuhauf Siedlungen wie Lawley. Jede Woche ziehen Tausende Menschen nach Johannesburg. Viele von ihnen kommen in den provisorischen Wellblechhütten unter, die sich schier endlos über die Hügelketten am Stadtrand ziehen.

Die Räumung erfolgte Mitte April auf Anweisung der Stadtverwaltung, die ihr Vorgehen unter anderem mit Verweis auf die Covid-19-Pandemie begründete. Um den Abstand zwischen den Hütten zu vergrößern, sollte ein Teil der Bewohner umgesiedelt werden. Für viele Menschen heißt das, dass sie zu Verwandten oder Freunden ziehen müssen, die in Johannesburg in den überfüllten Townships leben.

Wie in Lawley bekommen im ganzen Land vor allem die unteren sozialen Schichten zu spüren, dass die südafrikanische Regierung wegen Covid-19 Auflagen beschlossen hat, die zu den weltweit härtesten zählen. Bereits Ende März, rund drei Wochen nachdem der erste Covid-19-Fall in Südafrika bekannt geworden war, galten strenge Ausgangsbeschränkungen. Spaziergehen wurde ebenso verboten wie Joggen oder der Besuch von Freunden. Lediglich der Einkauf von Lebensmitteln oder Medikamenten blieb erlaubt. Schulen, öffentliche Einrichtungen und Universitäten wurden geschlossen. Wer keinen als systemrelevant eingestuften Beruf ausübt, musste zu Hause bleiben.

Einwohner von Townships wie Alexandra in Johannesburg oder

Khayelitsha und Mitchell's Plain in Kapstadt können die Auflagen kaum einhalten. Oft wohnt eine ganze Familie in einem kleinen Raum, sanitäre Einrichtungen ohne Abfluss befinden sich auf der Straße und werden von Dutzenden Anwohnern genutzt. Fließendes Wasser gibt es in den Hütten meist nicht, Desinfektionsmittel ebenso wenig. Die Maßnahmen bringen weitere Probleme mit sich. Die Kinder verpassen nicht nur ihren Unterricht, sondern auch die staatlich subventionierten Schulmahlzeiten. Wegen der Ausgangssperre verlieren zudem Millionen Menschen ihre einzige Erwerbsquelle im informellen Sektor. Die Straßenhändler sind aus dem Stadtbild verschwunden, Hausangestellte haben ihre Anstellung bei der Mittel- und Oberschicht verloren.

Während in den wohlhabenden Vierteln das öffentliche Leben nahezu stillsteht, sind die Behausungen in den Townships viel zu klein, um sich wochenlang drinnen aufzuhalten. Dennoch versuchen Polizei und Armee, die Ausgangssperre durchzusetzen. Wiederholt gingen die Ordnungskräfte mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Anwohner vor, die sich nicht an die Ausgangssperre hielten. Mehr als 20.000 Menschen

wurden bislang wegen solcher Verstöße inhaftiert. In den sozialen Medien sind zahlreiche Videos von Misshandlungen zu sehen, bei denen Ordnungskräfte Township-Bewohner schlagen oder demütigen. In mehreren Fällen starben Bewohner an den Folgen polizeilicher Übergriffe.

Die Angst vor sozialen Aufständen veranlasste mittlerweile auch Wohlhabende zu einer beispiellosen Spendenkampagne.

Dennoch gilt Südafrika als vorbildlich bei der Bekämpfung von Covid-19. Zu Beginn der Pandemie wurde befürchtet, dass sich innerhalb weniger Wochen Hunderttausende Menschen infizieren könnten. Tatsächlich lag die Zahl der bestätigten Infektionen Mitte der Woche erst bei rund 11.300; 206 waren bis dahin an dem Virus gestorben. Dass früh Maßnahmen ergriffen wurden, hat wesentlich dazu beigetragen, die Ausbreitung der Krankheit zu begrenzen. Neben der strikten Ausgangssperre mobilisierte

FOTO: EPA-EFE/KIM LUDBROOK



Rechtswidrig, aber unter dem Einsatz von Pumpguns: Sogenannte „red ants“, Mitglieder der gleichnamigen privaten Sicherheitsfirma, am 21. April während eines Riots um die Räumung illegal errichteter Hütten in einem Township von Johannesburg. Die Gesetzesbestimmungen für den wegen Covid-19 verhängten Lockdown verbieten eigentlich die Räumung von Wohnungen und Behausungen.

die Gesundheitsbehörde Zehntausende Mitarbeiter, die von Haus zu Haus gehen, um nach Menschen mit Symptomen zu suchen.

Hinzu kam das Verkaufsverbot für Alkohol und Zigaretten. Südafrika gehört zu den Ländern mit dem höchsten Alkoholkonsum pro Kopf. Besonders an den Wochenenden sind die Kliniken voll mit Opfern von Verkehrsunfällen und Gewaltdelikten. Seit dem Verbot gehen diese Zahlen stark zurück, und die Kliniken verfügen über deutlich höhere Kapazitäten.

Das strikte Vorgehen war nach Meinung der Behörden nötig, um das südafrikanische Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Wegen der beengten Wohnverhältnisse in den Townships, der hygienischen Mängel und vor allem wegen der weiten Verbreitung von Immunschwäche aufgrund von HIV-Infektionen könnte die Pandemie in Südafrika noch verheerender als anderswo ausfallen, warnen Gesundheitsexperten frühzeitig. Rund acht Millionen Einwohner Südafrikas sind mit HIV infiziert, bei einer Bevölkerung von etwa 59 Millionen.

Mittlerweile wurde die Ausgangssperre etwas gelockert. Rund 1,5 Millionen Beschäftigte können seit Anfang Mai wieder an ihren Arbeitsplatz

zurückkehren. Sportliche Aktivitäten sind nun außer Haus erlaubt – allerdings nur zwischen sechs und neun Uhr morgens und nur auf Straßen, nicht auf Grünflächen. Gleichzeitig wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Die entschlossene Bekämpfung der Pandemie hat dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa viel Lob von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingebracht. Das Land jedoch muss einen hohen Preis bezahlen. Die Ausgangssperre belastet die Wirtschaft erheblich: Bereits vor der Pandemie lag die Arbeitslosenquote bei 29 Prozent, nun könnte sie auf 50 Prozent steigen.

Waren im vergangenen Jahr rund 300.000 Südafrikaner auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, könnte sich diese Zahl bis Ende Mai verzehnfachen. Die Schlangen vor den Ausgabestellen für Lebensmittel ziehen sich über viele Kilometer. In Johannesburg kam es wiederholt zu Plünderungen von Supermärkten, in Kapstadt wurden Lastwagen mit Lebensmitteln ausgeraubt. Die Angst vor sozialen Aufständen veranlasste mittlerweile auch Wohlhabende zu einer beispiellosen Spendenkampagne. Allein die drei reichsten Familien Südafrikas

spendeten kürzlich jeweils eine Milliarde Rand, rund 50 Millionen Euro, in einen „Solidaritätsfonds“.

Tatsächlich könnte die Krise die bereits bestehenden Konflikte im Land erheblich verschärfen. Vielen Bewohnern der Townships erscheint die Pandemie als Krankheit der Reichen, da die ersten Überträger von Sars-CoV-2 vermutlich Geschäftsleute und Touristen aus Europa waren. Als Südafrikas Infektionsschwerpunkt gilt das Geschäftsviertel in Sandton, der reichsten Gemeinde der Metropolregion Johannesburg. Wenige Hundert Meter davon entfernt liegt, nur getrennt durch eine Autobahn, Alexandra, eines der ärmsten Townships des Landes.

Präsident Ramaphosa hat nun ein Notprogramm in Höhe von umgerechnet 25 Milliarden Euro in Aussicht gestellt, was etwa einem Viertel der jährlichen Staatsausgaben entspricht. Der „historische Pakt“ soll angeschlagenen Unternehmen wie auch den rund eine Million neuen Arbeitslosen zugutekommen. Doch solche Ausgaben belasten den bereits hoch verschuldeten Staat stark, zumal sich die Kreditkonditionen auf den internationalen Finanzmärkten kontinuierlich verschlechtern.

Die südafrikanische Währung leidet am Devisenmarkt stark unter der Coronakrise. Seit Beginn des Jahres hat der Rand gegenüber dem US-Dollar über 30 Prozent an Wert verloren. Im April stufte die Rating-Agentur Moody's die Kreditwürdigkeit des Landes sogar in den sogenannten Ramschbereich herab. Internationale Investoren zogen daraufhin massenhaft Kapital ab. Die südafrikanische Regierung wird nun noch höhere Zinsen für Kredite zahlen müssen. Nicht ausgeschlossen, dass das Land bald den Internationalen Währungsfonds um Hilfe bitten muss – ein Schritt, der bis vor kurzem noch undenkbar schien. Südafrika steht vor einem fatalen Dilemma: Um den Kampf gegen die Pandemie zu gewinnen, muss es den wirtschaftlichen Niedergang in Kauf nehmen.

Anton Landgraf arbeitet für Amnesty International Deutschland und ist als freier Publizist tätig.